

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag II., Kettengasse 15. • Telefon: 25795, 31499. • (Nachredaktionen): 25797 • Druckerei: 57544

12. Jahrgang.

Mittwoch, 2 März 1932

Nr. 53.

Gewerbepartei hält Kompromißmöglichkeiten offen. Auf dem Wege über die völlige Pauschalierung der Umsatzsteuer.

Prag, 1. März. Angesichts der in letzter Zeit wiederholt auftauchenden Meldungen, daß die tschechische Gewerbepartei die vom Finanzminister geplante Erhöhung der Umsatzsteuer als Kriegsfall ansehen und auf Betreiben der Rajman-Gruppe aus der Regierung austreten werde, kam der heutigen Tagung des gemeinsamen Klubs der Gewerdepartei erhöhte Bedeutung zu, zumal ein Rücktritt des Eisenbahnministers durch den zu erwartenden Streit zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Koalitionsparteien um dieses wichtige Ministerium die ohnedies bestehenden Differenzen in der Koalition nur noch wesentlich vergrößert und vielleicht sogar bis zum Bruch geführt hätte. Da die Gewerbepartei politisch fast völlig unter der Vormundschaft der tschechischen Agrarier steht, lag die Vermutung sehr nahe, daß der Reduzierung von Rajmans gegen den koalitionsstreuen Měchou von jenem Flügel der Agrarier in Szene gesetzt werde, denen als höchstes politisches Ideal immer noch die alte Bürgerkoalition, und sei es auch nur mit 151 Stimmen von 300, vorzuziehen ist.

Die heute von der Klubtagung der Gewerdepartei ohne Debatte einstimmig angenommene Resolution, die nach einem politischen Referat des Eisenbahnministers Měchou von Rajman vorgelesen worden war, legt sich in der Frage der Umsatzsteuer jedoch nicht eindeutig fest, sondern läßt auf dem Umweg über die Forderung nach völliger Pauschalierung ein Kompromiß ganz gut zu, so daß die Lage dadurch etwas entspannt zu sein scheint.

Die Resolution hebt hervor, daß die Partei stets für die Bedürfnisse des Staates gestimmt und auch unpopuläre Gesetze zur Annahme verholfen habe. Die Partei sei weiter bereit, im Interesse des Staates zu arbeiten, verlange aber, daß die Regierung andere Wege zu den nötigen Einnahmen suche als die Erhöhung der Umsatzsteuer; es sei noch eine ganze Reihe anderer Möglichkeiten zur Erschließung neuer Einnahmen gegeben, ohne daß man diese ungerechteste aller Steuern, die Umsatzsteuer, erhöhen müsse.

Die Partei sei trotzdem bereit, auch über die Umsatzsteuer zu verhandeln, aber auf der Grundlage der völligen Pauschalierung bei sämtlichen Waren gleich bei der Einfuhr oder beim Erzeugnissen. Niemals aber könnte sie eine Erhöhung der Steuer in der Weise zulassen, wie es der Finanzminister fordere. Bloße Versprechungen könnten die Partei nicht zufriedenstellen, da solche schon einigemal nicht erfüllt wurden.

Die Bankenvorläufe.

Koalitionsberatungen über die Abänderungsanträge.

Prag, 1. März. Ein engerer Koalitionsausschuß besaß heute mit den zahlreichen Abänderungsanträgen zum Bankengesetz, die im verfassungsmäßigen Ausschuß nach der Abstimmung daran. Zur Beratung stehen rund 120 Anträge, die vom Ausschuß gemäß den einzelnen Kapiteln der Vorlage durchgegangen werden müssen. Heute erledigte die Koalitionskommission etwa die Hälfte der Vorlage; eine Fortsetzung der Verhandlungen am morgigen Tage erwies sich als notwendig. Die Anträge über die letzte Einigung erzielt werden kann, sollen der Regierung zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden. In dem Parlamentsausschuß dürfte die Vorlage also nicht vor den ersten Tagen des nächsten Monats zur Abstimmung gelangen.

Wie die „Prager Presse“ meldet, gab der Finanzminister heute im Ausschuß die Erklärung ab, daß sich die vorgesehene Dotierung des belonnten Fonds der Staatsmittel bereits im heutigen Budgetjahr als notwendig erweisen werde.

Der polnische Streit.

Warschau, 1. März. (P.A.Z.) In einer Konferenz der Delegierten der Zentrale der Bergarbeiterassoziation des Dombrowaer Beckens wurde heute beschlossen: 1. den Streit weiter fortzuführen, 2. für den Fall, daß ein Abfluß des Streikes zu bemerken wäre, sämtliche Delegierte zu versammeln, um ihre Aktion dem Wunsch der Bergarbeiter anzupassen.

Die französische Anleihe

vom Finanzausschuß nach Änderungen genehmigt.

Paris, 1. März. Ministerpräsident Tardieu gab heute nachmittags an Stelle des erkrankten Finanzministers Flandin dem Finanzausschuß der Deputiertenkammer eine ausführliche Darlegung über den Gesetzentwurf, welcher die französische Staatskasse zur Gewährung einer Anleihe von 600 Millionen Franks für die Tschechoslowakei berechtigt. Der Ministerpräsident hob die Nützlichkeit dieser Hilfe, welche die französische Regierung der tschechoslowakischen Regierung gewährt, vom Standpunkt der allgemeinen französischen Politik in Mitteleuropa hervor. Tardieu erwähnte ferner die Garantien, welche die tschechoslowakische Regierung sowohl in wirtschaftlicher als auch in finanzieller Hinsicht gegeben hat, und betonte, daß die französische Industrie nach den Dispositionen, welche im vollen Einklang mit der Prager Regierung getroffen wurden, durch die tschechoslowakische Konkurrenz nicht leidet. Seine Ausführungen schloß der Ministerpräsident mit dem Hinweis darauf, daß in dem Augenblicke, in welchem der französische Senat eine Sympathieerklärung für den Präsidenten Masaryk veranfaßt, der Finanzausschuß der Deputiertenkammer einen Voranschlag nicht ablehnen könne, den der Tschechoslowakei zu gewähren die vorangegangene Regierung loyal beschloßen hat.

Der Finanzausschuß zeigte sich bereit, das Prinzip dieser Anleihe zu billigen; die Mitglieder der Opposition in der Deputiertenkammer (die Sozialisten und radikalen Sozialisten) stellten aber an den Ministerpräsidenten zahlreiche Anfragen wegen der Garantien und der Bedingungen der Anleihe, die dieser beantwortete.

Genf, 1. März. Die Statistiken des Internationalen Arbeitsamtes in Genf weisen für den Winter 1931/32 gegenüber dem Winter des Vorjahres fast durchwegs einen ungünstigeren Stand der Beschäftigung aus. Die Statistik der im Bezug einer Arbeitslosenunterstützung stehenden Arbeitslosen weist folgende Ziffern auf: Deutschland 6.041.831 Arbeitslose Ende Jänner 1932 gegenüber 4.886.225 Ende Jänner 1931, Großbritannien 2.854.790 mit Ende Jänner 1932 (2.662.842), Desterreich 361.222 Arbeitslose zum 15. Febr. 1932 (338.980), Belgien 228.286 Arbeitslose Ende November 1931 (115.016), Holland 157.933 Arbeitslose mit Ende 1931 (81.204), Tschechoslowakei 146.325 Arbeitslose Ende Dezember 1931 (93.476), Dänemark 105.582 Arbeitslose Ende Jänner 1932 (70.962).

Die Statistiken der Angestelltenorganisationen weisen folgende Daten auf: Australien 118.732 Arbeitslose Ende Dezember 1931 (104.952), Schweden 76.212 Ende November 1931 (56.273), Kanada 35.206 Ende November 1931 (28.266), Ungarn 33.146 Ende Dezember 1931 (25.583).

Die Statistiken der bei Arbeitsvermittlungsinstituten gemeldeten Arbeitslosen ergeben folgende Ziffern: Polen 325.782 Arbeitslose Ende Jänner 1932 (340.718), Italien 1.015.270 Ende Dezember 1931

Der finnische Rechtsputz gescheitert?

Helsingfors, 1. März. Die finnländische Telegraphenagentur teilt mit: Es scheint, daß die Regierung die völlige Kontrolle über die Lage in den Händen hat. Die allgemeine Mobilisierung der Lappolente ist zum größten Teil gescheitert. Ansammlungen von bewaffneten Lappolenten wurden nur in einigen ländlichen Gegenden von Südwestfinland bemerkt. Die anderen Teile des Landes sind ruhig. Die Gendarmerie befolgt die Anordnungen der Regierung.

Die Hauptstädte und die größeren Provinzstädte sind im Besitze der Regierung und in diesen Städten herrscht vollständige Ruhe. Die Regierung konzentriert immer zahlreichere Truppen in Helsingfors; auch heute ist ein neues Ba-

Der Finanzausschuß beschloß, die Klausel zu streichen, die bestimmte, daß die französische Regierung sich verpflichtet, selbst einen Teil der Anleihe in dem Falle zu zeichnen, daß sie nicht ganz auf dem Markte gezeichnet wird, und nahm den Gesamtentwurf der Vorlage dann einstimmig an. Einige sozialistische Deputierte enthielten sich der Stimme.

Rasche Durchführung zu erwarten.

Gleich nach der Annahme des Gesetzentwurfes im Finanzausschuß statter Gesandter Dr. Janků dem leitenden Direktor im Finanzministerium Escalier einen Besuch ab, um sich mit ihm über die praktische Durchführung des französisch-tschechoslowakischen Vorabkommens vom 20. Jänner 1932 zu verständigen. Um 19 Uhr besuchte Dr. Janků den Ministerpräsidenten Tardieu, der den Gesandten über den Verlauf der Debatte im Finanzausschuß informierte und ihm die rasche Durchführung dieses Abkommens besprach, sobald es vom Neuen der Deputiertenkammer und vom Senat angenommen ist. Man erwartet, daß die Vorlage in beiden Kammern beschleunigt verabschiedet werden wird.

Keine neuen Bedingungen.

Prag, 1. März. Aus maßgebenden Kreisen wird mitgeteilt: Die Nachrichten einiger Blätter, wonach französischerseits der tschechoslowakischen Regierung neue Bedingungen für die Bewilligung der Anleihe gestellt worden sein sollen, entsprechen nicht den Tatsachen.

Das Weltelend.

Arbeitslosenstatistik des Internationalen Arbeitsamtes.

663.987, Frankreich 278.683 Ende Jänner 1932 (44.711), Neuseeland 46.191 Ende Dezember 1931 (7596), Rumänien 49.393 Ende Dezember 1931 (36.212), Norwegen 34.636 Ende Jänner 1932 (28.596), Irland 30.918 Ende Dezember 1931 (26.167), Lettland 21.682 Ende Dezember 1931 (10.022), Finnland 16.144 (9336), Estland 7554 (5675).

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die Zahl der Arbeitslosen nach den Statistiken der Gewerkschaftsorganisationen von 16,6 Prozent Ende Dezember 1930 auf 21,8 Prozent Ende Dezember 1931 gestiegen. Nach den letzten Schätzungen des Amerikanischen Arbeitsverbandes betrug die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten etwa 8.300.000.

In Prozenten ausgedrückt ist die Zahl der Arbeitslosen im letzten Zeitabschnitt in folgenden Staaten gestiegen: In Neuseeland um 508, in Frankreich um 523, in Lettland um 116, in Belgien um 98, in Holland um 94, in Finnland um 73, in der Tschechoslowakei um 57, in Italien um 53, in Dänemark um 49, in Rumänien um 38, in Schweden um 35, in Ungarn um 30, in Estland um 33, in Kanada um 25, in Deutschland um 24, Desterreich und England um 7 Prozent. Nur in Desterreich und England um 7 Prozent. Nur in Polen ist die Beschäftigung besser um 4 Prozent günstiger als vor einem Jahr.

taillon aus der Provinz eingezückt. In der Nähe des Reichstagsgebäudes haben Tank- und Maschinengewehrabteilungen Aufstellung genommen.

Ueber den Aufenthalt der Lappolente herrscht völlige Unsicherheit, dem Befehl zu ihrer Verhaftung konnte bisher nicht nachgekommen werden. Der Staatspräsident empfing heute eine Abteilung der Frontkämpfer, denen er gegenüber erklärte, die Regierung plane vorläufig keine militärische Offensive gegen die Aufständischen, doch betonte er, er müsse dies vor dem Marsch nach Helsingfors auf das drinstehe warnen. Der Versuch, die Zeitung der Lappo-Bewegung „Ajansana“ in Helsingfors herauszugeben, wurde vereitelt.

Helsingfors, 1. März. Zwei konservative Mitglieder des Kabinetts sind zurückgetreten.

Der 13. März.

Unter für jeden Sozialdemokraten früher unvorstellbaren Umständen wird am 13. März in Deutschland die Wahl des Reichspräsidenten durchgeführt werden. Zwischen vier Kandidaten, Hitler und Düstenberg, als Vertreter der nationalistischen Reaktion, Thälmann als Vertreter der Kommunisten und Hindenburg als Kandidat der demokratischen Parteien, wird es gelten, die Entscheidung zu fällen. Die Sozialdemokraten werden nicht mit einem eigenen Bewerber in die Arena treten, sie haben die Parole ausgegeben, für Hindenburg zu stimmen. Das ist eine bittere Bille und unter normalen politischen Verhältnissen wäre sie für jeden sozialistischen Arbeiter eine unerhörte Zumutung, die er mit gerechter Enttäuschung von sich weisen würde. Leider sind die politischen Verhältnisse in Deutschland alles eher als normal und so bedrückend und beschämend es jeden Sozialdemokraten anmuten muß, für die Wahl des alten kaiserlichen Generalfeldmarshalls einzutreten, muß doch, soll das Schlimmste, was über das deutsche Volk kommen könnte, abgewehrt werden, die politische Taktik den außerordentlichen Umständen angepaßt werden.

Man muß die Haltung der deutschen Sozialdemokratie nicht verteidigen wollen, aber man muß sie aus der gegenwärtigen ungewöhnlichen Lage zu erklären suchen. Am 13. März geht es nicht um eine Entscheidungsschlacht zwischen Bourgeoisie und Proletariat, nicht um einen Kampf zwischen Sozialismus und den Mächten des Kapitalismus, sondern um die Frage: Demokratie oder Faschismus! In diesem Sinne wird der 13. März für das deutsche Volk von größter Bedeutung sein und er kann eine Schicksalswende werden. Mehr noch: der Beginn einer furchtbaren Tragödie. Der seit langem lauende Faschismus will an diesem Tage nach dem Hitlerwort „Legal zur Macht!“ das wichtigste Amt im Staate an sich reißen. Legal — weniger legal würde er dann die gewonnene Machtstellung zur Etablierung des Faschismus auszunutzen verstehen. Diese Gefahr besteht und sie wäre um so größer, je sorgloser die demokratischen und republikanischen Elemente ihr gegenüberstünden und nicht alle Mittel anwenden wollten, um den Plan des Faschismus zu vernichten. Die Verteilung der politischen Kräfte, wie sie bei der letzten Präsidentenwahl bestand, hat einer wesentlich anders gestellten Lage gemacht. Daß eine eigene sozialdemokratische Kandidatur im gegebenen Augenblick Aussicht auf Erfolg hätte, ist ebenso ausgeschlossen, wie eine Erfolgsmöglichkeit des kommunistischen Kandidaten. Die einzig denkbare Entscheidung kann nur zwischen Hitler und Hindenburg fallen. Und der Letztere kann auch nur dann gewählt werden, wenn die deutschen sozialdemokratischen Wähler in zierlicher Geschlossenheit für ihn stimmen. So sehr steht nach dem wahrscheinlichen Kräfteverhältnis die Entscheidung auf des Messers Schneide, daß schon bei einer Nichtteilnahme größerer Teile der sozialistischen Arbeitermassen an der Wahl die Kandidatur Hindenburgs aufschwerste gefährdet wäre. Die Weisung an die sozialdemokratischen Wähler auf Stimmeneinhaltung, wäre gleichbedeutend mit dem Siege des Faschismus und läme seiner Förderung gleich.

So ist die Taktik der deutschen Sozialdemokratie keine selbstgewählte, eine ihr vielmehr durch die besonderen Umstände aufzuzwangene. Vor die Wahl gestellt, zwischen Hindenburg und dem Faschismus zu entscheiden, kann nur die Erkenntnis leitend sein, daß es in erster Linie heißen muß, die Ausbreitung des faschistischen Terrorsystems zu verhindern. Nichtsdestotrotz wird es für jeden Klassenbewußten Arbeiter heißen, die Hände zu verbeugen und alle Gefühlswallungen zu

